"Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten stark)—	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.00	$1.50	$ .75	$ .35

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.;
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Opportunismus

Noch nie hat die Politik der gesamten Welt so im Zeichen des Opportunismus gestanden als heut zu Tage. Das gegenseitige Mißtrauen ist bei weitem größer als in den Jahren, die dem großen Kriege vorangingen, denn damals standen sich die einzelnen Mächtegruppen in konsolidierten Bündnissen gegenüber. Ja, während die ehernen Kanonenschlünde im großen blutigen Ringen sich in länderweiten Strecken gegenüberstanden, ließen die scharf gezeichneten gemeinsamen Ziele weder Zögern noch Wankelmut in den eigenen Reihen zu. Die durch die Friedensdiktate geschaffene Unmöglichkeit des friedlichen Weiterexistierens brachte notwendigerweise einen Wirrwarr, dessen sich ihre Urheber, die errungenen Vorteile aufs wahnsinnigste verfolgend und erweiternd, wohl bewußt, auf's Mißtrauischste gegenüberstehen lassen. Langsam aber sicher finden Umgruppierungen statt, die den ehemaligen Freund zum Feind und den früheren Gegner zum Bundesgenossen werden lassen. Kein Wunder, daß man sich auf's argwöhnischste beobachtet, kein Wunder, daß man den Unterlegenen, mit beiden Schultern auf dem Boden niedergedrückt sehen möchte, um nicht in ihm einen neuen Gegner erwachsen zu setzen, kein Wunder endlich, daß man auf den einmal eingeschlagenen Pfaden seiner Politik der Umstände und Gelegenheiten unmittelbare Vorteile sucht auf Kosten der Prinzipien der Ehrlichkeit. In anderen Worten: die krasseste Opportunitätspolitik ist Trumph, die wohl dazu angetan sein mag, das grause Spiel in die Länge zu ziehen, jedoch nie und nimmer gewinnen zu können.

Die Konferenz im Haag

wird, wenn sie viel erreicht, einen weiteren Schritt vorwärts, aber keine definitive Lösung bedeuten. Genua soll nach der Schätzung eines englischen Berichterstatters die „Kleinigkeit" von 4,000,000 Pfund Sterling, das sind $20,000,000 gekostet haben. Die polnischen Delegaten waren wegen Mangels an nötigem „Kleingeld" gezwungen, schon vor Schluß der Konferenz nach Hause zu Muttern, zu fahren. Was Haag kosten wird, ist schwer vorauszusagen; die ungeheuren Summen, welche durch diese Zusammenkünfte verschlungen werden, spielen keine beachtungslose Ausgabe im Staatshaushalte der beteiligten Völker. Sei dem aber nun wie immer, Haag wird nicht Genua sein. Es werden dort aller Voraussicht nach keine tagelangen Debatten seitens derer geführt werden, welche die Sovietregierung anerkennen oder mit ihr Verträge abschließen wollen oder nicht. Genua hat sich mit dem klaren, einfachen Beschluß vertagt, daß eine Kommission der Mächte mit einer solchen Rußlands verhandeln wird. Wollen gewisse Mächte (z. B. Frankreich und Belgien) dieser Kommission fernbleiben, so bleibt ihnen dies überlassen; denjenigen aber, die Verträge abschließen wollen, steht das Recht zu, solches zu tuen. Demnach können Frankreich und Belgien, wenn ihnen dies beliebt, sich ruhig wieder in ihren Genueser Schmollwinkel zurückziehen, was keineswegs England und Italien abhalten wird, ohne Zögern sich russische Konzessionen zu ergattern. Frankreich und dem „armen, kleinen" Belgien ist inzwischen hinreichend Zeit gegeben, sich die Sache gründlich zu überlegen. Es dürfte kaum anzunehmen sein, daß sich die Vereinigten Staaten auf die Länge der Zeit dem Wiederaufbau fernhalten werden. Der amerikanische Handel und Wandel ist zu sehr auf den europäischen eingestellt, seine Verluste sind zu groß gewesen, seine Geschäftswelt zu weitblickend, um nicht von diesen Tatsachen überzeugt sein zu müssen. Wenn auch Frankreich heimlich triumphierend Onkel Sams Absage für den Haag wahrnahm, so dürfte es sich über kurz oder lang auf eine neue Enttäuschung gefaßt machen.

Die Reparationszahlungen.

Eigentlich sollte man sie Desperations- (Verzweiflungs-) Zahlungen nennen, denn einmal sind sie dazu angetan, die armen Zahlenden als Leibeigene den Siegern zu verfronen, fernerhin ruinieren sie die Empfänger, und endlich stehen sie in ihrer, in der ganzen Weltgeschichte einzig dastehenden Ungerechtigkeit als ungeheure, zum himmelschreiende Anklage gegen die Alliierten da. Von ihnen sagte vor einigen Tagen der neutrale amerikanische Finanzmann Vanderlip in einer vom 7. Mai datierten Abhandlung:

„Bleiben die Reparationsforderungen ungeändert, so ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands unausweichlich. Das aber würde politische und soziale Folgen von einer Tragweite heraufbeschwören, die wahrscheinlich wieder ansteckend wirken würden. Einer der einflußreichsten europäischen Regierungschefs hat mir gesagt, daß ihm die finanzielle Lage Frankreichs vor allem Sorge mache. Er sprach vom Defizit im französischen Budget, von den ungedeckten Verbindlichkeiten, die mehr als 80 Milliarden in kurzfristigen Schatzscheinen ausmachen. Er sagte, daß der Markt für die letzteren nur durch die Hoffnung gestützt werde, die Ausgaben für den Wiederaufbau würden aus den Schadenersatzleistungen zu bestreiten sein. Im Falle eines deutschen Zusammenbruches würde diese finanzielle Last als ein furchtbares Gewicht auf das französische Volk niedersausen. Die französischen Politiker müssen das finanzielle Vertrauen ihrer Wähler aufrechterhalten. Aus diesem Grunde widerstreben sie jeder Erörterung der Reparationen und drängen ihre Regierung zu äußersten militärischen Maßnahmen, in der Hoffnung, mit Gewalt das einzutreiben, was sie auf dem Vertragswege nicht einheben können. Die Lage Deutschlands ist nicht nur eine deutsche Frage; ihre größte Gefahr liegt vielmehr in der Möglichkeit weiterer Ansteckung. Sie kann Frankreich zu gewaltsamen Schritten veranlassen. Ihre Ordnung ist daher ungleich wichtiger als die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu dem zugrundegerichteten Rußland. Wenn die Franzosen nicht noch nachgeben und Behandlungen über die Reparationen in irgendeiner Weise zulassen, werden sich wahrscheinlich sehr schwere Folgen ergeben. Es ist eine Lebensfrage für England, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wieder ins Gleichgewicht kommen. Dies kann aber nicht geschehen, so lange Deutschland eine offene, ansteckende Wunde im Zentrum Europas bildet. Deutschland wird zusammenbrechen unter dem Versuche, die gegenwärtigen Zahlungsarrangements buchstäblich durchzuführen. Frankreich aber ist in Gefahr, wenn es aus dem Traume erwacht und wahrnimmt, daß seine Auslagen für den Wiederaufbau nicht einzubringen sind. Und an diesem Punkte gehen die Pfade Englands und Frankreichs auseinander. Wenn Frankreich beim Kurse verharrt, der ihm durch ein solches vermeintliches Eigeninteresse geboten erscheint, wird es sich politisch isolieren. Wenn es ins Ruhrgebiet geht, wird es wahrscheinlich allein gehen. Das Sturmzentrum der europäischen Lage ist am Rhein, nicht an der Wolga."

In einem Artikel „Der französische Militarismus und die wirkliche Gefahr für Europa" schreibt die Londoner „Sunday Times", der man gewißlich nicht den „Vorwurf" machen kann, deutschfreundlich zu sein:

„Alle britischen Volkswirte und die meisten britischen Staatsmänner bereuen heute den Versailler Vertrag. Sie sehen, daß er den Ruin, welchen der Krieg schuf, vertiefte und vollendete. Sie sehen, daß die Bestimmungen des Vertrages und noch mehr sein ganzer Geist für alle britischen Handelsinteressen eine verhängnisvolle Wirkung hatten und daß sie mit der Wiederherstellung jenes politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts unvereinbar sind, das für Großbritannien mehr als für irgendeine andere Macht eine Lebensfrage ist."

Dem allem zum Trotz besteht Lloyd George auf der Erfüllung von Versailles. Es war wieder einmal eine richtige Lloyd George Rede, die der Walliser am letzten Donnerstag im englischen Parlament hielt. „Solange als Deutschland nicht trotzig ist," so führte er aus, „kann es auf Englands Sympathie rechnen. Es ist keinerlei Ursache für einen Zwist zwischen England und Frankreich vorhanden. Weigert sich Deutschland jedoch den Vorschlägen der in Paris tagenden Reparationskommission nachzukommen, dann steht England auf Seiten der Versailler Signaturmächte trotz aller Entstellungen. England war stets für eine Politik der Mäßigung. Das alleinige Vorgehen einer Alliiertenmacht bedeutet das Ende der Entente. Englands traditionelle Politik bestand stets in Mäßigung. Es ist dieselbe Politik, die es nach Waterloo Frankreich gegenüber verfolgte, als Preußen und Rußland Frankreich niedertreten wollten. Dies weigerte England sich zu tuen. Frankreichs alleiniges Vorgehen kann überhaupt nicht hierbei zur Sprache kommen, denn auch wir (England) haben Versailles unterschrieben."

Wäre man nicht so sehr an derartige kraftvergeudende Wortschwälle des Walliser George gewöhnt, ließen sie sich noch eventuell in Erwägung ziehen. Für all derartige versteckte Drohungen gegen Frankreich ist Lloyd George der Welt immer und immer wieder den Tatenbeweis zu erbringen schuldig geblieben. Er weiß ebensogut wie die ganze Welt, daß Deutschland nicht der Hauptschuldige ist, ja, er hat es mehr als bei einer Gelegenheit in öffentlichen Reden betont. Nichts desto weniger besteht er auf voller deutscher Bezahlung. Bezahlung wofür? Die englische Mäßigung und Friedensliebe dürfte nur mit folgenden Fragen erledigt sein: Wie kam England in den Besitz Indiens, Canadas, Aegyptens und Südafrikas? Wer zerstörte die spanische Silberflotte? Wer beschoß zweimal Kopenhagen und warum? Rußland und Preußen dachten nach Waterloo keineswegs daran, Frankreich niederzutreten. Sie beide waren viel zu sehr geschwächt und kriegsmüde. Aber selbst, wenn sie es gewollt hätten, wäre das damalige so unbedeutende England nicht in der Lage gewesen, sie daran zu verhindern. Wie mäßig Deutschland in seinen Forderungen gegen Frankreich 1871 war, geht aus der Geschichte hervor, wonach Frankreich es möglich war, im Verlaufe einiger weniger Jahre seine Kriegsschulden zu bezahlen. Wenn auch dieses zu Tränen rührtensollende Eigenlob über die eigene Vortrefflichkeit von einem gewissen Teil des englischen Publikums bereitwilligst geschluckt wird, so ist es dennoch nicht am Platz, weil unverdient. Lloyd George hat sich wieder einmal als was er voll und ganz ist, den richtigen Opportunitätsmeier gekennzeichnet.

Eine andere Rede.

Naturgemäß verfolgt man in diesen aufregenden Zeiten an der Seine die Reden, welche an der Themse gehalten werden und umgekehrt. Um so mehr muß es befremden, daß am nächsten Tage auch der „friedfertige" Monsigur Poincare seine Stimme im Parlamente erhob und mit dem Brustton der Ueberzeugung vor beifallstobender Mitgliederschaft erklärte: „Frankreich will allen Ernstes den Frieden der Alliierten, aber es kann seine Rechte nicht opfern und wird allein handeln, wenn der Friede von Versailles verletzt wird. Wir wollen nur die Erfüllung von Versailles und können nicht Haß, wie er in Deutschland gegen uns genährt wird, übersehen. Wir werden auf einer Versammlung politischer Natur im Haag nicht erscheinen, sondern nur Vertreter senden. Wir sind die ersten und besten Verteidiger des Friedens," usw. Auch dieser Art Reden sind sattsam bekannt und zeugten sie nicht deutlich genug von dem nimmerruhenden gallischen Hasse, begleitet von den offenen Drohungen, könnten sie nicht umhin, des Lächerlichen zu entbehren. Auffallend ist jedoch, daß Poincare sich anscheinend über Lloyd Georges versteckte Drohung, wenn eine Alliiertenmacht auf eigene Faust handele, die Entente hiermit aufgehört habe zu bestehen, hinwegsetzt und wie zum Trotz das eventuelle, unabhängige Vorgehen Frankreichs in Aussicht stellt. Mit den beiderseitigen frommen Wünschen über das Fortbestehen der Entente ist es nicht weit her, denn dem Geiste nach ist sie tot, wenn sie auch noch auf dem Papier existieren mag.

Die Entschädigungskommission

Deutschland hat die von der Entschädigungskommission vorgeschlagene alliierte Finanzkontrolle mit dem Einverständnis, daß hierdurch Deutschlands Souveränität nicht beeinträchtigt wird, angenommen. Ueber die Deutschland gewährte Anleihe ist noch nichts weiteres bekannt.

In industriellen Kreisen macht sich immer stärkere Opposition gegen die internationale Anleihe für Deutschland bemerkbar. Man erklärt, daß durch die Gewährung eines Darlehens der Markwert wohl für kurze Zeit stabilisiert, andererseits aber die Lebenskraft der deutschen Industrien durch die Bedingungen am Ende untergraben und Deutschland sein Absatzgebiet in den Weltmärkten verlieren würde. Industrielle machen darauf aufmerksam, daß es den Alliierten nicht so sehr darum zu tun ist, Deutschland zu helfen, als dem deutschen Wettbewerb in den internationalen Handelsmärkten ein Ziel zu setzen. Viele Industrielle erklären, daß Deutschlands Industrie und Handel durch Gewährung der Anleihe viele Aufträge, die noch nicht gefüllt sind, einbüßen würde und auf neue Aufträge gar nicht rechnen könnte. Man erklärt, daß die Vereinigten Staaten, als die Macht, welche die Anleihe durchsetzen will, zu vergessen scheinen, daß sie durch einen vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen würden, da die Ausfuhr der Ver. Staaten bei einer solchen Katastrophe höchst ungünstig beeinflußt würde.

Hiermit hat Deutschland abermals vorgezogen, den schweren Weg der Erfüllungspolitik zu gehen. Es spielen sich gar manche Sachen hinter den Koulissen der Weltbühne ab. Ob mit der Reparationsanleihe Deutschland ein neuer Galgenstrick gedreht wurde, um es desto sicherer vernichten zu können, muß der Zukunft überlassen werden. Jedenfalls hat Deutschland durch die Annahme der in Paris gestellten Bedingungen abermals seinen guten Willen bewiesen. Hielte Lloyd George sein Wort, dann wäre Deutschland der Sympathien Englands sicher. Es will uns dünken, daß Deutschland kein Ausweg übrig blieb. Eingedenk der Tatsache, daß einmal die Erörterung der Revision von Versailles kommen muß, zieht es einer Besetzung des Ruhrgebietes Zahlungen mit geliehenem Geld vor.

Irland

Die Lage in Irland ist schlimmer denn je. Unter Hinweis auf eine Meldung von der Zusammenziehung von Sinn Fein-Truppen eine halbe Stunde von Londonderry wurde Churchill befragt, ob für eine Offensive der britischen Truppen in Nordirland erst die Zustimmung des Kabinetts notwendig wäre. Der Kolonialsekretär antwortete, einer solchen schwerwiegenden Entschließung würde eine reifliche Erwägung seitens der britischen Regierung vorausgehen.

Seine weitere Ankündigung, daß er über die irische Lage wahrscheinlich nicht vor Mittwoch im Unterhaus sprechen könnte, führte zu einer hitzigen Debatte. Churchill betonte, die Regierung werde die volle Verantwortung für ihre Maßnahmen zum Schutze von Ulster übernehmen.

Letzte Woche seien auf Ersuchen von Premier Craig ein britischer Zerstörer und andere Kriegsschiffe nach dem Hafen von Londonderry gesandt worden. Die britischen Streitkräfte in Ulster seien derzeit 19 Bataillone stark unter Befehl von General Cameron, der mit Premier Craig fortwährend in Verbindung sei. Im Notfalle würden weitere Verstärkungen gesandt werden. Mord und Brand stehen auf der Tagesordnung.

Drohungen, wonach die britische Regierung unter Umständen abermals die Herrschaft über Irland ergreift, wurden im Unterhause von Kolonialminister Winston Churchill gemacht. Der Minister gab seine Erklärung über irische Angelegenheiten vor einem dicht besetzten Hause ab. Großbritannien wird, sagte Churchill, den Friedensvertrag auf Errichtung des Freistaates als gebrochen ansehen, wenn Eamon de Valera und andere Mitglieder des Dail Eireann Kabinett die vorgeschriebene Treuerklärung für die Krone nicht unterzeichnen. In diesem Falle sagte er, wird sich die Reichsregierung Aktionsfreiheit in Irland wahren.

Michael Collins und Arthur Griffith saßen auf der Tribüne und hörten Churchills Herausforderung. Sie hatten in der Frühe eine kurze Besprechung mit Lloyd George und gingen dann nach dem Hause. Die Regierung wird unter keinen Umständen vom genauen Buchstaben und der ehrlichen Meinung des irischen Friedensvertrages abweichen, fuhr Churchill fort. Großbritannien sei zur Durchführung seines Teiles des Abkommens bereit, gleiche Erfüllung des Vertrages werde von den Iren verlangt. Die Aufnahme von Iren, welche den Vertrag nicht halten, in die südlich irische Regierung, sei eine Verletzung des Abkommens. Die Regierung wird sich Aktionsfreiheit gegen Irland wahrn, wenn der Vertrag nicht eingehalten wird, bemerkte der Kolonialminister. Ob nun ein solches Vorgehen Wiederaufnahme von Gewalten einschließt, die auf die Iren übertragen sind oder abermalige Besetzung von Gebiet, welche die Regierung der Schwere des Vertragsbruchs gegenüber für angemessen hält.

Starke Abteilungen der irischen republikanischen Armee stehen jetzt im Gebiet von sechs Counties. Die Konstabler, welche die Ulster Streitkräfte bilden, mußten sich im Belleek Abschnitt von Fermanagh County, der jetzt im Besitz der Republikaner ist, eine erhebliche Strecke zurückziehen. Kämpfe kamen an verschiedenen Stellen vor, der bedeutendste im County Donegal, wo die militärischen Streitkräfte zum erstenmal seit Beginn der Grenzunruhen im Feuer waren. Scharfe Zusammenstöße waren auch an der Tyrone—Donegal Grenze, Panzerwagen und Maschinengewehre wurden in Aktion gebracht.

Zahlreiche Leute fliehen unter Zurücklassung ihrer Habe aus dem heimgesuchten Gebiet. Nach der Ulster-Gesellschaft, einer neuen Vereinigung, die mit der nördlichen Regierung in Verbindung steht, sind in der Gegend der Grenze von den sechs Counties zusammengezogenen Sinn Feiners 10,000 Mann stark. Farmhäuser von Loyalisten in diesem Distrikt wurden requiriert. Alle Gedanken richten sich auf das Grenzland, namentlich Fermanagh. Die Räumung des Belleek Abschnittes war ein Schlag für Jene, die glaubten, daß kein Gebiet der sechs Counties aufgegeben werde. Die Schwierigkeiten der nördlichen Regierung sind durch Demobilisierung der irischen Konstabler, die heute vollendet wird, vermehrt. Die Kämpfe in der Nähe von Lifford und Strabane begannen kurz nach Mitternacht und waren bis Tagesanbruch im gange. Starke Abteilungen von Republikanern feuerten auf Spezial-Konstabler auf einer Brücke. Die Republikaner zogen sich nachher zurück und feuerten unablässig von Stellungen in Häusern in Lifford. Teile einer großen Brücke in Clady wurden gesprengt. Die Explosion war Meilen weit hörbar.

England bedroht

Feldmarschall Wilson wies kürzlich im Unterhaus darauf hin, daß England seit Kriegsende seine Armee so reduziert habe, daß es heute militärisch ungleich schwächer dastehe als 1914, und daß trotzdem seine militärischen Engagements heute viel größer seien als damals. In zwei lehrreichen „Times"-Artikeln zeigt nun ein erster Sachverständiger, Brigadegeneral Groves, daß England heute in der Luft verglichen mit seinem schwergerüsteten nächsten Nachbarn noch viel ohnmächtiger sei als auf dem Lande und daß das von viel größerer Bedeutung sei, da heute und hinfort die Flotte nicht länger seine „erste Verteidigungslinie" sei, sondern die Luftmacht.

England besitzt heute 12 Geschwader Flugmaschinen. „Hinter diesen Geschwadern haben wir so gut wie kein ziviles Flugwesen und was noch schlimmer ist, nur die Reste einer Flugzeugindustrie." Wie steht es dagegen mit Frankreich? Der General antwortet:

„Frankreich besitzt heute 126 Geschwader und wird Ende dieses Jahres 200 Geschader besitzen. Außerdem hat es mehrere hundert zivile Flugmaschinen, die für militärische Zwecke vorgemerkt sind, mit ihrem nötigen Personal und Staffeln für Reparatur."

Natürlich gelten diese französischen Rüstungen nur Deutschland, „da Frankreich durch die künftige Entwicklung des deutschen zivilen Flugwesens für militärische Zwecke bedroht ist." Sagt der General; ob er's selbst glaubt, sei dahingestellt. Jedenfalls hätte er in der „Times" nichts anderes sagen dürfen, und oft meint man den Esel, wenn man auf den Sack schlägt. Wie es aber auch mit der Absicht der französischen Luftmacht stehen mag, einmal vorhanden, kann sie auch gegen England verwendet werden. Die bloße Tatsache ihrer Existenz ist eine Bedrohung Englands, das sich, wie die „Times" selbst es ausdrückt, „in einer unentschuldbaren Position der Gefährdung" sieht, oder, wie der General sagt, „heute gegen einen Luftangriff so gut wie wehrlos ist." Und der General weist ausdrücklich darauf hin, daß bei einem solchen Angriff, nämlich wenn er von dem nahen Frankreich aus erfolgte, „London, Birmingham, Manchester, Glasgow, der ganze menschenwimmelnde Norden, jeder Hafen, jedes Dock und Arsenal ganz ebenso sehr in der Frontlinie wären, als Ypres es im letzten Krieg war", und daß, wenn England über alle Flotten der Welt verfügte und sie alle zwischen sich und dem Kontinent konzentriert hätte, alles das ihm keinerlei Schutz gegen Luftangriffe geben würde.

Frankreich und der Friede Europas

In den Kreisen der Grubenbesitzer und Industriellen Frankreichs ist eine starke Bewegung gegen den Achtstundentag entstanden, welche von der Union der kommerziellen und industriellen Verbände Frankreichs und von der vereinigten Arbeitskommission beider französischen Kammern gegen den Widerstand des Arbeitsministers unterstützt wird.

Von jenen, welche den Achtstundentag bekämpfen wird geltend gemacht, daß sich die üblen Folgen der verkürzten Arbeitszeit nirgends so klar feststellen lassen, wie in der Kohlenindustrie. Die Zeitschrift „Nord Industriel", welche für eine im gesetzlichen Wege anzuordnende Vermehrung der Arbeitsstunden eintritt, weist darauf hin, daß die von dem Gruben-Departement des französischne Ministeriums der öffentlichen Arbeiten veröffentlichten Zahlen einen bedeutenden Rückgang der Kohlenerzeugung Frankreichs im Vergleiche zum Jahre 1913 zeigt, den die Industriellen allein dem Achtstundentag zuschreiben.

Die durchschnittliche Kohlengewinnung während der letzten vier Monate im Jahre 1913 von 221,000 Grubenarbeitern, welche täglich zehn Stunden arbeiteten, betrug 3,700,000 Tonnen, während die gleiche Arbeiteranzahl in den letzten vier Monaten des Jahres 1921 bei achtstündiger Arbeitszeit 2,200,000 Tonnen Kohle förderten, oder 39 Prozent weniger als 1913.

Nach dem amtlichen Berichte der „Confederatia Generale de la Production" an das Internationale Arbeitsbüro hat der Rückgang der Kohlengewinnung in Frankreich von Inkrafttreten des gesetzlichen Achtstundentages, dem 1. Juli 1914 an bis 31. Dezember 1921 rund 12 Millionen Tonnen betragen, ein Ausfall, der durch Einfuhren aus dem Ausland ausgeglichen werden mußte, die einen Wert von mehr als zweieinhalb Milliarden Frank ausmachen.

Die Zahlen, schreibt der „Nord Industriel", widerlegen die während der Debatten über das Gesetz von den Arbeiterführern vorgebrachte Versicherung, daß „die Verminderung der Arbeitsstunden die Kohlengewinnung nicht beeinträchtigen werde, da die Arbeiter mit größerer Energie arbeiten würden."

„Frankreich wird niemals ruhen, bis es seine Hand auf das Ruhrgebiet legt", erklärte Hans Krämer, Mitglied des Exekutivkomitees des Nationalverbandes deutscher Industrien, in einer Versammlung dieses Verbandes in Hamburg. „Der Beweggrund, der Frankreich treibt, ist weniger Frankreichs Wunsch, Deutschland zu zerstückeln, als ein Ineinandergreifen französischer und deutscher Industrien zuwege zu bringen, oder in der Lage zu sein, gegen die deutschen Industrien anzukämpfen. Darum streckt Frankreich seine Hand nach der Kohle im Ruhrgebiete aus, die Frankreich für seine Eisenerzgebiete nötig hat. Wenn Frankreich dieses Ziel nicht auf eine Weise erreichen kann, dann auf eine andere Weise, wenn nicht durch Uebereinkommen, dann durch Gewalt."

Als Frankreich das Messer an der Kehle saß, als England — wir zitieren einen Engländer — „mit dem Rücken gegen die Mauer stand", da war es Andre Tardieu, der als Vertreter Frankreichs bettelnd zu den Ver. Staaten kam und Hilfe, Hilfe, Hilfe verlangte. Da flossen honigsüße Lobesworte für die Vereinigten Staaten, für ihre Regierung und ihr Volk von seinen Lippen, und er konnte sich nicht genug tun, um die Freundschaft Frankreichs für die Ver. Staaten zu beweisen.

Onkel Sam ging in den Krieg und rettete Frankreich und England vor dem Verderben. Und seitdem sind noch keine vier Jahre verflossen.

Die Tonart, in welcher Andre Tardieu heute über die Ver. Staaten spricht, ist eine ganz andere geworden. Er spricht jetzt davon, daß Europa eine eigene Monroe-Doktrin brauche, um sich gegen ungehörige Einmischung Amerikas in europäische Verhältnisse zu schützen. Unter Europa versteht Herr Tardieu natürlich mit üblicher französischer Großmäulichkeit sein eignes Frankreich und letztenfalls die von ihm abhängigen Satrapenstaaten Polen, Tschechei, Jugoslavien, sowie sein blutendes Opfer Deutschland. Und der Anlaß zu der Philippika des Mannes? Nur die Tatsache, daß John P. Morgan als Vertreter amerikanischer Bankinteressen zur Konferenz internationaler Bankiers, die von der Wiedergutmachungs-Kommission einberufen wurde, in Paris eingetroffen ist.

Offenbar sieht Herr Tardieu voraus, daß internationale Bankers über die Situation ein anderes Urteil haben werden, wie er oder Premier Poincare, die nur auf die Vernichtung Deutschlands aus sind. Und offenbar wollen die durch sie vertretenen Nationalisten jetzt schon die politische Kampagne einleiten, durch welche sie ihre eigene Haut retten wollen, wenn ihr antideutscher Racheplan schließlich doch in sich zusammenbricht.

Möglicherweise hat Tardieu auch in der Einladung der Ver. Staaten, sich endlich über die Rückzahlung des Vorgeldes, das die Ver. Staaten Frankreich geliehen haben, zu äußern, eine Beleidigung gesehen. Denn die gleichen Franzosen, die jeden einzelnen Deutschen am liebsten als Bettler in Lumpen sehen würden, haben bis jetzt überhaupt nicht daran gedacht, auch nur die Zinsen ihrer Schulden zu zahlen.

Oesterreich und Ungarn.

Wie verlautet, beabsichtigt die Morgan-Gruppe, mit welcher verschiedene britische Finanziers assoziiert sind, demnächst Vertreter nach Wien zum Studium des österreichischen Finanzsystems in der Absicht zu entsenden, festzustellen, ob irgend eine Basis für eine Anleihe zur Förderung des österreichischen Wiederaufbaus vorhanden ist. Eine solche Anleihe wäre verschieden von dem internationalen Darlehen unter den Auspizien der Völkerliga, das kürzlich besprochen wurde. Sollte sich die Morgan-Anleihe verwirklichen, so dürfte es, wie erklärt wird, wahrscheinlich gar nicht notwendig werden, den internationalen Anleiheplan weiter zu verfolgen. Nachrichten zur Folge ist es wahrscheinlich, daß sich skandinavische Bankers an der Aufbringung der Morgan-Anleihe beteiligen werden.

Es wird erwartet, daß die französischen und italienischen Kredite von 50 Millionen Francs resp. 25 Millionen Lire demnächst der österreichischen Regierung zugestellt werden, da sowohl die französische wie die italienische Delegation zur Genua-Konferenz dem österreichischen Kanzler Schober vor dessen Rückkehr nach Wien versprochen haben, die notwendigen Schritte zur Erreichung dieses Zweckes würden ungesäumt ergriffen werden.

Infolge der drohenden Preissteigerung der Lebensmittel hat der ungarische Ernährungsrat den Beschluß gefaßt, den Vorverkauf der nächsten Getreideernten zu verbieten. Es wird demnächst eine Regierungsverordnung erscheinen, durch die dieses Verbot erlassen werden wird. Trotz dieser Maßnahme dürfte jedoch der Weizenpreis binnen kurzem den Stand von 4000 Kronen pro Meterzentner erreichen.

Die Horthy-Regierung soll einer Million Frauen das Stimmrecht entzogen haben und des Wahlsieges so gut wie sicher sein. Der 10. Juni ist als letzter Termin zur Ablieferung von 28,000 Stück Rindvieh gesetzt.

Rußland.

Der russische Exekutivausschuß hat den Kriegskommissär angewiesen, Pläne für eine einschneidende Verringerung der Roten Armee auszuarbeiten. Diese Pläne sollen zur Durchführung gelangen, falls die Konferenz im Haag sich als Erfolg erweist.

Der russische Soviet-Auslandsminister Georg Tschitscherin verfolgt mit größtem Interesse die Diskussion in der Pariser Deputiertenkammer über die Haltung der französischen Konferenzdelegation in Genua. Er sprach sich dahin aus, das Proletariat Frankreichs müsse davon in Kenntnis gesetzt werden, was ihm weder die Delegation, noch Premier Poincare, noch diejenigen, welche, mit Andre Tardieu an der Spitze, dessen Nachfolger werden möchten, mitteilen würden — von der Tatsache nämlich, daß die russische Delegation in Genua zu verschiedenen Malen die Bereitschaft und den Wunsch Rußlands festgestellt habe, den kleinen Bondsinhabern der russischen Schuld ihren Anteil zu refundieren. Dieses Anerbieten, fuhr Tschitscherin fort, sei von den europäischen Mächten, zumal auf Betreiben Frankreichs und Belgiens im Interesse der kleinen Gruppe großer Kapitalisten, abgelehnt worden. Diese Gruppe habe es auf die Wiedergewinnung ihres Eigentums in Rußland aus der Zeit der Revolution abgesehen gehabt.

Interessante Aufschlüsse über den deutsch-russischen Vertrag und dessen Vorgeschichte gibt Dr. Alfons Steiger (Berlin) in einem „Erkenntnisse" überschriebenen Artikel.

„Ueber gewisse Vorgänge in der internationalen Politik darf der Deutsche heute nicht mehr im Unklaren gelassen werden. Es überstürzen sich die Ereignisse. Tatsachen bereiten sich vor, die sich unweigerlich auch vor den Weg der deutschen Zukunft legen. Wer sich berufsmäßig mit Politik beschäftigt, darf nicht verschweigen, was ihm die Berufensten darlegen. Was politische Führer bei uns und anderwärts erkannt haben, das gebe ich hier ungeschminkt der deutschen Oeffentlichkeit. Es sind für alle Erkenntnisse!

Warum hat man in Rapallo den deutsch-russischen Vertrag unterzeichnet? Er war seit Februar fertiggestellt. England wußte von ihm. Und der Reichskanzler hat die Genehmigung damals noch nicht gegeben. Und der Grund hierfür? Es fehlten damals noch die Garantien, die Deutschland verlangen muß, wenn es seine Kultur als etwas wertvolles schätzt. Erst in Genua kam eine Verständigung darüber zustande, daß Moskau endgültig verzichtet, auf deutschem Gebiet bolschewistische Propaganda zu treiben. Nach dieser Verzichterklärung war die Unterfertigung des Vertrags möglich. Ich sage aber noch mehr: Der Vertrag mußte unterschrieben werden! Das lag in Deutschlands und in Rußlands Interesse. Deutschlands Wirtschaft kann nicht gesunden in der Anlehnung an valutastarke Länder. So bleibt uns fast allein das schätzereiche Rußland. Und Rußland suchte sich einen möglichst billigen und möglichst nahe liegenden Kontrahenten, weil es gar kein Verlangen darnach haben konnte, bei dem teureren England einzukaufen und sich von diesem besonders valutastarken Lande auskaufen zu lassen. Im Februar, und vor allem im März dieses Jahres ist plötzlich das russisch-englische Geschäft doppelt so groß geworden als das deutsch-russische. Es war also allerhöchste Zeit! Der Vertrag mußte in jenem Augenblick unterschrieben werden.

Was versteht man unter dem deutsch-russischen Geschäft? Dazu gehören einige Tatsachen: Am 1. Mai ist in Moskau eine deutsch-russische Bank eröffnet worden, mit einem Aktienkapital von 500 Millonen Goldrubel! Rußland lehnt es ab, mit Privatleuten in Deutschland Geschäfte zu machen, weil in Moskau ja immer noch die Idee vom Staatsbetrieb besteht. Dadurch verschwindet bei der kommenden Entwicklung vollkommen der berüchtigte und gehaßte „Schieber". In Deutschland ist man bereits daran, eine große Handelsorganisation zu schaffen, die den Ankauf und den Verkauf besorgt. Das Geschäft spielt sich vor allem so ab, daß deutsche Firmen in Rußland Fabriken errichten. Die der Firma Krupp erteilte Konzession schließt in sich, daß 50 Prozent der Arbeiter dort Deutsche sein können, während Stinnes die Beteiligung von 70 Prozent erzielen konnte. Die deutschen Firmen haben es auch nicht unterlassen, sich große Ländereien zusprechen zu lassen, die der Ernährung der Angestellten dienen. Die Bewirtschaftung des Bodens ist bereits aufgenommen. Was durch deutschen Geist und Kraft aus russischem Rohstoff in Edelprodukte umgearbeitet werden soll, die nur für Rußland Interesse haben können, wird an Ort und Stelle hergestellt, um den verteuernden Transport zu vermeiden.

Der deutsch-russische Verkehr ist ein besonderes Kapital in der kommenden Politik. Man wird vermuten, daß Polen hierbei eine wichtige Rolle spielen müsse. Dem ist indes gar nicht so. Rußland lehnt nämlich jede Verhandlung mit Polen ab, weil es Polen nicht anerkennt. Damit schaltet Polen aus jeder geschäftlichen Ausnutzung des deutsch-russischen Vertrages aus. Der Brief- und Eilpost dient der am 1. Mai prompt aufgenommene Flugverkehr Moskau-Königsberg, der heute 10 Flugzeuge zur Verfügung hat. In kurzer Zeit werden es 300 sein. Der Frachtverkehr kann zu einem kleinen Teil über die baltischen Staaten geleitet werden. Die Russen haben nach dieser Richtung hin mit Kurland, Estland, Livland und Litauen bereits Verträge abgeschlossen. Der Haupttransportweg wird der Seeweg sein. Gegen die Gefahr der Vereisung der obersten Ostsee und des finnischen Meerbusens sind bereits deutsche Eisbrecher besonderen Typs in den vergangenen Wochen mit größtem Erfolge tätig gewesen. Es wird sich ein dauernder Seeverkehr zwischen Petersburg und Stettin herstellen lassen. In nicht allzu ferner Zukunft liegt wohl auch die Möglichkeit, daß Deutschland und Rußland mit der türkischen